



Unsere Welt



Graffiti für Frieden zwischen Russland und der Ukraine. «Мир» heisst «Frieden» auf Russisch wie Ukrainisch. Quelle: Facebook

Krieg in der Ukraine

Verhandeln statt Sanktionieren!

Das Blutvergiessen in der Ukraine stoppen, das treibt zur Zeit viele friedensbewegte Menschen auf die Strasse. Die Sprache der Waffen zum Verstummen bringen, ist auch unser Anliegen. Doch jeder Konflikt hat mindestens zwei Seiten und Wahrnehmungen, das lernen wir in jedem Konfliktmanagement-Seminar. Im Moment scheinen solche Einsichten völlig vergessen. Haben wir verstanden, worum es in diesem Krieg geht? Russland hat jahrelang versucht, seinen legitimen Sicherheitsinteressen Gehör zu verschaffen und stiess im Westen auf taube Ohren. Aber man muss diese Einschätzung nicht teilen, um zum Schluss zu kommen, dass eine fortgesetzte Politik demonstrativer Härte gegenüber Russland das letzte ist, was wir jetzt gebrauchen können. Statt weiterer Eskalation braucht es ernsthafte Verhandlungen mit Russland über die Sicherheitsarchitektur in Europa. Der Grund ist einfach: Russland ist eine Atommacht. Ein Verständnis für die russische Seite können wir uns immer weniger leisten.

Von Jonas Jäggi

Der russische Präsident hat seine strategischen Nuklearkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Dies eine der letzten Nachrichten, die uns vor Redaktionsschluss erreicht. Ob das eine Reaktion auf Provokationen des Westens war, wissen wir nicht. Klar ist: Es wird mit dem atomaren Feuer gespielt!

Jahrelang haben wir in dieser Zeitung die Expansions- und Konfrontationspolitik der NATO gegenüber Russland und den westlichen Hegeanspruch angeprangert. Wir haben die einseitige Aufkündigung von Verträgen zur Rüstungskontrolle und -begrenzung seitens der USA scharf verurteilt. Und immer wieder haben wir die einseitig anti-russische Berichterstattung in den Medien kritisiert, die Verantwortung des Westens gerade im Ukraine-Konflikt aufgezeigt, haben versucht, auch der anderen Seite, den Menschen im Donbass, eine Stimme zu geben.

Unsere Kritiker sehen sich nun bestätigt: Hat Putin nicht sein wahres Gesicht gezeigt? Ist er nicht als Aggressor entlarvt, dem jedes Mittel Recht ist, der das Völkerrecht unter den Stiefeln seiner Fallschirmjäger begräbt? Putin müsste gestoppt werden, mit allen Mit-

teln, so ertönt es von allen Seiten und auf allen Kanälen. Wenn es nicht sogar heisst, der Westen habe in der Vergangenheit zu wenig getan, um ihn in die Schranken zu weisen, die NATO sei zu schwach, trete zu wenig geschlossen auf, lasse grossen Worten keine Taten folgen, habe die Ukraine im Stich gelassen, usw.

Die anti-russische Stimmungsmache hat einen Höhepunkt erreicht, den wir nicht für möglich gehalten hätten. Putin, der Alleinschuldige, Zwischentöne unerwünscht: So sieht ein Propagandanarrativ aus. Es sei ein Informationskrieg – allerdings.

Aber egal wie viel Verständnis man für die russische Seite aufzubringen gewillt ist oder eben nicht, die Schlussfolgerung für mehr Härte gegenüber Russland ist auf jeden Fall falsch – und könnte uns an den Abgrund führen.

Gegen den Krieg in der Ukraine

Russlands Militärintervention in der Ukraine verstösst gegen das Völkerrecht. Wir sind keine Freunde Putins und waren es nie. Wir sind Freunde der russischen und ukrainischen Völker, der Völker Europas und des Rests der Welt, die alle das Bedürfnis haben, in Frieden und Sicherheit zusam-

menzuleben. Und wir wollen nicht schweigen. Zwar ist Russlands Vorgehen nicht «beispiellos» wie behauptet, nicht einmal in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zur Abspaltung des Kosovo hat der Westen ein mehr als fragwürdiges «Beispiel» mitten in Europa gesetzt. Aber das kann keine Rechtfertigung sein.

Wie viele wurden auch wir von der SFB von Russlands massiver Militärintervention überrascht. Wir haben den wochenlang medial inszenierten Warnungen vor Invasionsplänen, gestützt auf angebliche Geheimdienstquellen, wenig Glauben geschenkt. Aber auch die westlichen Führer scheinen nicht wirklich daran geglaubt zu haben, sonst hätten sie die russischen Forderungen nach Sicherheitsgarantien, die den USA und der NATO im Dezember überreicht wurden, wohl nicht so leichtfertig vom Tisch gewischt. Dass sie den Eindruck eines Ultimatums erweckten, sah man als Grund, im Kern nicht darauf einzutreten – man lässt sich doch nicht von Putin erpressen. Hat man dabei verstanden, dass es wirklich ein Ultimatum war?

Russlands Entwurf schlug vor, alle russischen und US-amerikanischen Atomwaffen aus Europa abzuziehen (d.h. für Russland im eigenen Land), die Osterweiterung der NATO zu stoppen und zur NATO-Russland-Grundakte zurückzukehren, welche Truppenstationierungen in Osteuropa beschränkt. Klingt das so unvernünftig?

Es wäre für den Westen ein Leichtes gewesen, die jetzige Eskalation zu verhindern und den Krieg in der Ukraine, der seit 2014 über 13 000 Opfer gefordert hat, zu beenden. Alles was es dazu gebraucht hätte: Den neutralen Status der Ukraine zu garantieren und Kiev

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Russische Botschaft: «Ukraine wurde als Geisel genommen»	2
Schweizer F-35-Kampffjets: Seite an Seite mit der NATO	4
Krieg in Äthiopien: Regimechange vorerst abgewendet	5
Umwelt und Militär: Geschütztes Hochmoor beschädigt	5
US-Imperialismus von Bush bis Biden	6
20 Jahre Guantánamo: Ein Schandfleck	7
Assange-Prozess: Stillstand als Strafe	7

Erklärung der SFB

Den Krieg in der Ukraine beenden!

Die Schweizerische Friedensbewegung hat am 25. Februar folgende Erklärung abgegeben:

Die Schweizerische Friedensbewegung ist zutiefst besorgt über die aktuelle Eskalation des Konflikts in der Ukraine und die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation zwischen Russland und der NATO. Wir rufen alle Seiten zur Besonnenheit und zur Deeskalation der brandgefährlichen Situation auf.

Die Angriffe in der Ukraine müssen unverzüglich beendet werden.

Die von Russland begonnene militärische Offensive in der Ukraine ist völkerrechtlich durch nichts zu rechtfertigen. Die Anerkennung von Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten durch Russland ist ein Bruch des Minsk-II-Abkommens, welches der UN-Sicherheitsrat für völkerrechtlich verbindlich erklärt hat. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass eine Lösung des Konflikts nur durch direkte Verhandlungen und der Rückkehr zu Minsk II erreicht werden kann.

Das Vorgehen Russlands ist die Reaktion darauf, dass die Ukraine die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen mit Duldung der westlichen Garantiemächte seit acht Jahren blockiert hat. So weigerte sich die Ukraine bis heute, auch nur direkte Gespräche mit den Vertretern von Donezk und Lugansk zu führen. Für die Menschen in der Ostukraine, die während dieser Zeit andauernden Bombardierungen ausgesetzt waren, verhinderte dies jede Verbesserung ihrer unerträglichen Situation.

Das Vorgehen Russlands ist auch die Reaktion darauf, dass die USA und die NATO nicht bereit waren, ernsthaft auf Verhandlungen über seine legitimen Sicherheitsinteressen einzugehen, die Moskau im Dezember vorschlug. Es ist die Folge des

Bruchs von Zusagen der NATO, sich nicht nach Osten auszudehnen und der Missachtung des Prinzips, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes gehen darf. Mit der ebenfalls völkerrechtswidrigen militärischen Durchsetzung der Abspaltung des Kosovo von Serbien und dessen Anerkennung schuf die NATO einen folgenschweren Präzedenzfall. Russland hat nun seinerseits zu solchen Methoden gegriffen, und ist dabei, militärisch vollendete Tatsachen zu schaffen.

Nein zu Sanktionen

Sanktionen und militärische Drohkulissen führen nur näher an den Abgrund. Sie sind schon seit Jahren Teil einer friedensgefährdenden Konfrontationspolitik und eines Wirtschaftskriegs gegen Russland. Sie haben keineswegs die beabsichtigte Wirkung erzielt, sondern das Gegenteil.

Wir begrüssen daher den Entschluss des Bundesrats, sich nicht den Sanktionen gegen Russland anzuschliessen. Die Schweiz kann mehr denn je, wie auch schon in der Vergangenheit, eine wertvolle Vermittlerrolle einnehmen, die umso notwendiger wird, je mehr die diplomatischen Kontakte zu Russland abgebrochen werden. [Der Bundesrat hat seine Position seither geändert.]

Ja zu Verhandlungen

zwischen allen europäischen Ländern über die Bedingungen für Frieden und gegenseitige Sicherheit in Europa im Geiste der Schlussakte von Helsinki. Für ein Europa des Friedens und der Zusammenarbeit, für ein System der gegenseitigen Sicherheit in Europa ohne Militärbündnisse.

Nein zum Krieg!
Ja zu Verhandlungen!

OSTERMARSCH MARCHE DE PÂQUES

**KLIMA SCHÜTZEN,
FRIEDEN SCHAFFEN!
BERN, MONTAG,
18. APRIL 2022**

**PROTÉGER LE CLIMAT,
CRÉER LA PAIX!
BERNE, LUNDI,
18 AVRIL 2022**

13.00 **AUFTAKT | DÉPART**

EICHHOLTZ AN DER AARE
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Erdstation Wabern
Depuis la gare, tram 9 jusqu'au terminus Wabern

14.30 **SCHLUSSKUNDGEBUNG | CLÔTURE**

MINISTERSPLATZ
PLACE DE LA COLLÉGIALE
mit | avec:
Stefan Salzmann, Fastenaktion/Klima-Allianz Schweiz
Jana-Maria Aellig und Michèle Stuffer, Klimastreik
Bern

MUSIK | MUSIQUE

Tuzapat Orchestra

Bitte beachte aufgrund der Pandemie die aktuellen Veranstaltungsinfos unter ostermarschbern.ch
En raison de la pandémie, nous te conseillons de consulter les informations sur la manifestation sur marchedepaques.ch

ostermarschbern.ch
marchedepaques.ch

Den Text des Organisationskomitees finden Sie auf Seite 4